

Auszug aus der Niederschrift des Stadtrates vom 09.06.2015

11

Beschluss Nr. V0567-SR14-05

Parkraumbewirtschaftungskonzept und verkehrlicher Rahmenplan für die Äußere Neustadt Dresden

Zuständigkeit: Geschäftsbereich Stadtentwicklung

Herr Zweiter Bürgermeister Feßenmayr erläutert und begründet die Vorlage.

Herr Friedrich Boltz, gewählter Berichterstatter des Ortsbeirates Neustadt, führt aus, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept im Ortsbeirat Neustadt beraten wurde. Dieses Konzept falle in zwei Teile, einmal in die Parkraumbewirtschaftung und zum anderen in das Standortkonzept von Parkierungseinrichtungen und verkehrlichen Rahmenplan.

Auf vier Seiten seien alle Punkte enthalten, die in der Bürgerbeteiligung und in den durchgeführten Workshops im Konsens festgelegt worden. Hier stehe alles drin, was der Ortsbeirat seit 10 Jahren gefordert habe und wem er im Konsens mit der Bürgerbeteiligung zugestimmt habe. Das sei auch sofort umsetzbar, dazu brauche man keinen verkehrlichen Rahmenplan und kein Standortkonzept für Parkierungseinrichtungen.

Weitgehender Konsens bestehe im Ortsbeirat und auch in der Bürgerbeteiligung darüber, dass es sinnvoll sei, eine Parkraumbewirtschaftung zu machen und am Rande oder in der Nähe des Sanierungsgebietes Parkmöglichkeiten zu schaffen. Dafür gäbe es Standortvorschläge entlang der Bautzner Straße, der Königsbrücker Straße, an der Tannenstraße, am Bahndamm, am Bahnhof Neustadt. Ein Teil der Vorschläge stehe auch in der Vorlage drin. Allerdings seien die Standorte außerhalb des Sanierungsgebietes nicht mit genannt.

Er verdeutlicht, dass heftig umstritten lediglich zwei Standorte seien, das sei einmal die Louisestraße 63 und das geplante Parkhaus Kamenzer Straße. Insbesondere der letzte Standort sei von einer großen Anzahl von Anwohnern und Gewerbetreibenden abgelehnt, weil er innerhalb des Gebietes liege und die Probleme durch zusätzlichen Verkehr eher verschärfe als löse. Andererseits gäbe es unbestritten vehemente Befürworter, die sich zu jedem Parkhaus positiv aussprechen und sich davon eine deutliche Verbesserung oder gar eine Problemlösung versprechen.

Für ihn stellt sich die Frage, warum eigentlich nur das Parkhaus Kamenzer Straße. Das sei ein Konflikt zwischen verschiedenen Interessengruppen, der sich dort deutlich mache, die untereinander nicht im Dialog seien. Eigentlich seien Redebeiträge von zwei Gewerbetreibenden geplant, die unterschiedliche Standpunkte vertreten. Einer dieser Gewerbetreibenden sei so im Einsatz mit seinem Beruf, dass er nicht mehr anwesend sein könne.

Aus seiner Sicht wäre es Aufgabe der Verwaltung gewesen, diese unterschiedlichen Positionen zusammen zu bringen und einen weitgehenden Konsens oder zumindest einen Kompromiss nach einem Diskussionsprozess herzustellen. Genau das sei beim Standort Kamenzer Straße nicht geschehen. Der Bau dieses Parkhauses, und nur dieses, sei Anlass und Ziel dieser Vorlage. Für alle anderen Dinge, z. B. Parkraumbewirtschaftung und Bau weiterer Parkierungsanlagen in der Neustadt, brauche man derzeit diese Vorlage nicht.

Er merkt weiter an, dass es eine Menge Widerstände und Bedenken gäbe, die alle nicht berücksichtigt wurden. Weiterhin gäbe es alternative Lösungsvorschläge. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der die Intentionen des Ortsbeirates aufgreife, sollte der Diskussionsprozess nachgeholt werden. Es gäbe keinerlei Sperren für die Parkraumbewirtschaftung, die sofort beginnen könne.

Abschließend verweist er darauf, dass es sinnvoll wäre, wenn die nachfolgenden Redner auf die Argumente des Ortsbeirates eingehen würden. Alle Fraktionen haben dazu einen offenen Brief mit Datum vom 18.05.2005 erhalten. Leider war das den Vertretern im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau nicht möglich gewesen, darauf zu reagieren, es wäre schön, wenn das heute passieren würde.

Herr Michael Dora, Mitglied des Vorstandes Gewerbeverein Dresden-Neustadt, spricht auch im Namen für den Neustädter Kreis und für einige Grundeigentümer.

Zunächst sei er erfreut, dass Herr Boltz jetzt auch zu den Befürwortern des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes gehöre, denn darum gehe es hier im Wesentlichen.

Wie sei der Ist-Zustand? Der Fehlbestand werde im Parkraumbewirtschaftungskonzept mit 2 500 Parkplätzen ausgewiesen, die in der Neustadt fehlen. Es gäbe Hochrechnungen, die bis zu 11 000 fehlende Parkplätze ausweisen, wenn man von einer Neubebauung ausgehen würde. Dies sei sicherlich nicht realistisch, aber 2005 die Mindestzahl.

Nach Angaben des Ordnungsamtes gäbe es täglich bis zu 500 illegal parkende Fahrzeuge, die zu gravierenden Behinderungen führen. Weiterhin sei es in der jetzigen Situation so, dass die vorhandenen Parkplätze ineffizient genutzt werden und jeder parken könne, so lange er will. Nur in wenigen Fällen werde eine Bevorzugung der Anwohner realisiert. Unberücksichtigt blieben Gäste, in dem Kurzzeitparkplätze errichtet werden.

Laut einer Studie im Auftrag des Straßen- und Tiefbauamtes, die aller drei Jahre zur Situation im Sanierungsgebiet durchgeführt werde, betrachten 80 % der Einwohner die Parksituation als größtes Problem in diesem Stadtteil, nachzulesen in einer Studie der Fa. SRS von Frau Dr. Ganz zur Entwicklung des Sanierungsgebietes.

Er verweist darauf, dass dadurch gerade am Wochenende chaotische Zustände entstehen. Deshalb sei eine Regulierung dringend erforderlich. Aus verschiedenen Gründen sei jahrelang in der Öffentlichkeit so getan worden, als wäre die Parksituation in der Neustadt kein wirkliches Problem. Die Realität zeige aber etwas anderes.

Wichtigster Grund für ein Parkraumkonzept sei die Tatsache, dass dieses Konzept die Voraussetzung für die Verbesserung der Infrastruktur sei. Darauf bauen spätere Maßnahmen auf. Straßensanierungen, breite Fußwege, Bepflanzungen usw. seien nur möglich, wenn das Parkproblem gelöst sei. Durch die Sanierung der Straßen fallen beispielsweise Parkflächen weg, die dann wo anders entstehen müssen.

Im Weiteren geht er auf die Diskussion zum Entwurf und die Gestaltung des Parkraumkonzeptes ein. Im Jahr 2003 habe es einen ersten Entwurf gegeben. Danach erfolgte eine breite Bürgerbeteiligung mit drei Workshops, einem Faltblatt an alle Einwohner sowie drei Ortsbeiratssitzungen. Danach habe es massive Änderungen an diesem Konzept beschlossen, die letztendlich auch zu Lasten der Gewerbetreibenden gehen. Dennoch habe

man zugestimmt, um einer konstruktiven Lösung nicht im Wege zu stehen, mussten intern auch Kritik einstecken, weil das Bezahlen von Parkraum nicht unbedingt auf Zustimmung stoße. Auch kostenfreie Plätze für die Mitarbeiter ließen sich nicht erreichen.

Er verdeutlicht, dass im Moment ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anwohnern, Gewerbetreibenden und Gästen des Stadtteils bestehe.

Fazit: mit diesem Parkraumkonzept werden geregelte Verhältnisse geschaffen, die Voraussetzungen für weitere Entwicklungen seien. Letztendlich sei auch der verkehrliche Rahmenplan wichtig, weil er die Interessen anderer berücksichtigt. Dieses Konzept sei ein Kompromiss aller Betroffenen, der recht mühsam erarbeitet wurde.

Abschließend konstatiert er, dass ein weiterer Ausbau der Infrastruktur, der dringend notwendig sei, ohne das Parkraumbewirtschaftungskonzept nicht möglich sei und bittet um Zustimmung zur Vorlage.

Als nächster Redner war Herr Schulz vorgesehen, der aber aus dienstlichen Gründen verhindert sei.

Wortmeldungen:

Herr Stadtrat Hoffsommer gibt seinen Vorredner Recht, dass die Parksituation in der Äußeren Neustadt katastrophal sei. Gegen eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung des öffentlichen Straßenraumes hätte niemand etwas, denn sie sei sinnvoll und dringend notwendig. Doch erst nach der Bewirtschaftung des öffentlichen Raumes sollte tatsächlich der weitere Bedarf geklärt, ermittelt und nicht bereits jetzt mit Parkhäusern und dem Ausgeben von viel Geld Tatsachen geschaffen werden.

Letztendlich entpuppe sich nach seiner Meinung das Parkraumbewirtschaftungskonzept eher als eine Bauanleitung für Parkhäuser und Tiefgaragen. Auf eine notwendige verkehrliche Differenzierung bei der Standortbetrachtung werde verzichtet, auch eine genauere Betrachtung der Nutzergruppen finde nur unzureichend statt.

Auf Seite 10 im Konzept sei die Rede davon, dass die ca. 880 Stellplätze in Tiefgaragen, soweit dies erhoben werden konnte, nicht vollständig ausgelastet seien. Jetzt weitere Parkhäuser und Tiefgaragen vornehmlich für Anwohner zu planen und zu bauen, wo der Bestand noch nicht einmal von den Anwohnern voll genutzt wird, sei absurd.

Wenn dann auch noch im diesem Konzept zu lesen sei, dass alle geplanten Parkhäuser und Tiefgaragen zusammen 34 Mio. EUR kosten und das Konzept auf Seite 32 selber auf die begrenzte Fördermittelsituation verweise, werden diese Konzepte absolut unreal. Es gelte auch hier, Prioritäten zu setzen. Parkhäuser und Parkieranlagen für Gäste sollten nur im Randbereich des Quartiers, wie beispielsweise an der Bautzner Straße, entwickelt werden. Der Besucherverkehr könne sinnvoll zu diesen Standorten gesteuert werden. Die Neustadt sei außerdem für Gäste ein Flanierstadtteil. Anwohner müssen im öffentlichen Straßenraum Parkvorrang haben. Gewerbekunden können durch eine Mischnutzung des öffentlichen Straßenraumes tagsüber Kurzzeitparken ermöglicht werden. Dazu verweist er auf Seite 12 des verkehrliche Rahmenplan: „Zur Reduzierung des Verkehrsaufkommen sind Stellplätze für Besucher vorrangig in der Peripherie anzuordnen.“ Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wirke diesem Ansatz mit der Bestätigung der Standorte Louisenstraße und Kamenzer Straße zumindest in Teilen entgegen. Auch die eigene Zielstellung,

umweltverträgliche Einordnung größerer Parkieranlagen, werde bei diesen Standorten nicht berücksichtigt.

Er verweist darauf, dass beide Konzepte zu einem autogerechten Ausbau der Äußeren Neustadt führen. Der verkehrliche Rahmenplan sei letztendlich sowieso eine Zusammenstellung alter Planungen und Beschlüsse und habe mit zeitgemäßer Planung nichts zu tun. Er diene seiner Auffassung nach nur einem Zweck, nämlich der Erfüllung der Forderungen des Regierungspräsidiums zur Genehmigung der Fördermittel für das Parkhaus Kamenzer Straße. Eine vernünftige, der Finanzlage angepasste Planung sei wohl nie das Ziel gewesen.

Zur Thematik der Bürgerbeteiligung verweist er darauf, dass diese zum Rahmenplan nie stattgefunden habe. Beim Parkraumbewirtschaftungskonzept sei nach einer intensiven Beteiligung kein Konsens erzielt worden. Herr Ziesch von der Hauptabteilung Mobilität habe dies auch im Ortsbeirat deutlich gemacht. Die vielen Bürgeräußerungen, die Unterschriftenlisten von verschiedenen Gewerbetreibenden mit über 100 Unterschriften der letzten Tage zeigen diesen Dissens deutlich. Die Beteiligung sei nie ergebnisoffen gewesen, die Parkhausstandorte standen nie zur Disposition. Dies sei eine Scheinbeteiligung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe deshalb mit dem Änderungsantrag die Intentionen des Ortsbeirates aufgenommen und stelle diesen in leicht veränderter Fassung zur Abstimmung.

Frau Stadträtin Friedel verdeutlicht, dass seit vielen Jahren über die Verbesserung der Parkraumsituation in der Neustadt diskutiert werde. Sie wäre froh, wenn man hier sagen könnte, „was lange wert wird gut“. Das Fazit könne sie jedoch nicht uneingeschränkt ziehen. Das Konzept habe viel Zustimmung, aber auch viel Widerspruch erhalten.

Zu diesem Konzept gehöre ein verkehrlicher Rahmenplan, der Auskunft darüber geben soll, wie die Verkehrsentwicklung einerseits und die Lebensqualität andererseits in der Neustadt in Einklang gebracht werden können. Diese Auskunft gäbe dieser Rahmenplan allerdings noch nicht. Er konzentriere sich einseitig auf die Erfordernisse des Pkw-Verkehrs. Die Bedürfnisse von Fußgängern, Radfahrern, von Kindern, die einen Schulweg zurücklegen, und von Spaziergängern, seien es Dresdner oder Touristen, finden wenig Eingang in die Planung.

Insofern sei der Widerspruch, der in der Neustadt artikuliert werde, verständlich. Aus diesem Grund habe sich die SPD-Fraktion die Entscheidung nicht einfach gemacht und mehrfach intensiv zu diesem Thema diskutiert. So habe man sich mit den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohnern, mit der Stellungnahme des Ortsbeirates sowie mit den Argumenten der über 100 Gewerbetreibenden beschäftigt.

Im Resultat all dessen habe die SPD-Fraktion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau einen Antrag eingebracht. Dieser Antrag fand dankenswerter Weise eine Mehrheit in diesem Ausschuss. In dem Antrag werde der Oberbürgermeister beauftragt, den verkehrlichen Rahmenplan weiter zu entwickeln. Dabei möge er besonderes Augenmaß legen auf die Reduzierung des Durchgangsverkehrs, auf Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und auf die Interessen von Kindern, Radfahrern und Fußgängern.

Mit dieser guten und vernünftigen Ergänzung der Vorlage werde die SPD-Fraktion der Vorlage fast vollständig zustimmen. Eine Stimme werde aber fehlen, und das sei ihre. Ihr sei bewusst, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau einen Minimalkonsens erreicht

habe, der in dem Augenblick und in der jetzigen Situation gut sei. Als Neustädterin finde sie jedoch in dem Kompromiss zu wenig Verständnis für die Interessen der Neustadt und zu wenig Mut, um in diesem Stadtteil, der sehr ungewöhnlich für Dresden sei und der es für sich in Anspruch nehmen könne, anders zu sein, alternative Stadtteilentwicklungspolitik zu betreiben.

Deshalb nehme sie ihr Recht als Neustädterin auf das Anderssein in diesem Fall in Anspruch. Im Namen der Fraktion bittet sie jedoch, dem Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau zuzustimmen.

Herr Stadtrat Mücke bedankt sich eingangs bei Herrn Ziesch, der über Jahre hinweg diesen Prozess verantwortlich und mit seiner persönlich sehr ausgleichenden Art begleitet habe. Das Ergebnis spreche für sich. Herr Ziesch sei sicherlich keiner, der im Verdacht stehe, dass er einen bestimmten Verkehrsträger oder eine bestimmte Lobbygruppe ganz besonders vertrete, sondern er habe immer den Eindruck gehabt, dass hier ein Mitarbeiter der Verwaltung versuche, eine größtmögliche Neutralität in dieses Thema hineinzubringen und tatsächlich auch den Versuch unternahme, verschiedene Interessen zu bündeln und zu einem gemeinsamen Ergebnis zu führen.

Dass dieses Ergebnis im Endeffekt in einigen Teilaspekten nicht erreicht werden konnte, sei bedauerlich, aber das sei der übliche Verfahrensweg. Man müsse versuchen, Interessen abzustecken, was im Zweifelsfall nicht immer möglich sei, um auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, z. B. auch beim Parkhaus Kamenzer Straße.

Er habe den Eindruck, dass von einigen der Versuch unternommen werde, das Thema Parkhaus als das allumfassende Thema des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes anzusehen und es deshalb in Bausch und Bogen zu verbannen. Das sei eine Position, die er nicht teilen könne. Er finde, dass diese Konzeption insgesamt dazu angetan sei, diesen Stadtteil, was die Parkraumbewirtschaftung anbelangt, in vernünftige Bahnen zu lenken. Er glaube auch, dass der Ortsbeirat mit seiner wenig konstruktiven Haltung hier am Mehrheitsinteresse der Neustädterinnen und Neustädter vorbei agiere. In mehreren an ihn gerichtete Schreiben und E-Mail werde er gebeten, dem Stadtrat zu übermitteln, dass er vernünftig entscheiden und dem Parkraumbewirtschaftungskonzept einschließlich der Änderungen aus dem federführenden Ausschuss zustimme.

Er könne Herrn Boltz schwer verstehen, warum er hier erneut alte Hüte auffährt, obwohl ihm eigentlich klar sein müsste, dass er ganz offensichtlich nicht für die Neustadt spreche, das könne er nämlich gar nicht, sondern er spreche allenfalls für eine Bürgerinitiative, die im Ortsbeirat vorgetragen habe. Er glaube aber, dass am Ende der Gewerbe- und Kulturverein, der Neustädter Kreis, eine größere Mehrheit der Neustädterinnen und Neustädter vertrete.

Aus diesem Grund habe die FDP-Fraktion sich dazu entschlossen, diesem Parkraumbewirtschaftungskonzept mit all seinen Aspekten zuzustimmen. Damit werde eine Lösung mit Augenmaß für die Parkraumbewirtschaftung erreicht, die den Interessen von Anwohnern und Gewerbetreibenden am meisten entgegen komme. Die bekannte autofeindliche Haltung von Herrn Boltz & Co möchte sich die FDP-Fraktion nicht zu eigen machen.

Herr Stadtrat Schreiber verweist darauf, dass laut Redezeitmodell die CDU-Fraktion noch 44 Minuten Redezeit habe, die er allerdings nicht ausschöpfen werde.

Er merkt an, dass der heute zur Abstimmung stehenden Vorlage zum Parkraumbewirtschaftungskonzept für die Äußere Neustadt sage und schreibe ein über 10-jähriger Diskussionsstreit und Meinungsmitbestimmungsprozess vorausgehe.

Abgesehen von den Bürgerentscheiden zur Autobahn bzw. zur Waldschlößchenbrücke wage er zu behaupten, dass wohl zu keinem anderen Projekt, zu keiner anderen Planung und zu keiner anderen Gestaltung des öffentlichen Straßenraumes eine derartig umfassende und weitreichende, aber vor allem auf so breiter Basis angelegte Bürgerbeteiligung wie in diesem Fall stattgefunden habe. An der Gestaltung und der Diskussion des heute vorliegenden Papiers seien neben vielen Einzelinteressen vor allem die Interessensvertretungen aus der Äußeren Neustadt beteiligt. Dazu zählen die Bürgerinitiative Kamenzer Straße, der Gewerbe- und Kulturverein Äußere Neustadt, der Neustädter Kreis, die IG Äußere Neustadt sowie die Vertreter der einzelnen Fraktionen aus dem Ortsbeirat.

Wie man aus dieser Aufzählung ableiten könne, handle es sich dabei um eine breite Auswahl, die da reiche von Hauseigentümern, von Anwohnern, politischen Vertretern, aber auch von Handel- und Gewerbetreibenden. Diesen aktiven Interessenvertreter spricht er seinen Dank für die geleistete Arbeit und vor allem für die viele Geduld, die sie aufgebracht haben, aus.

Er verdeutlicht, dass das vorliegende Ergebnis einen Kompromiss aus all den Wünschen und Anregungen, die in unzähligen Einwohnerversammlungen, Vor-Ort-Besichtigungen, Workshops und Ortsbeiratssitzungen gemeinsam erarbeitet wurden, darstelle. Recht machen könne man es bei diesem Thema niemanden.

Fest stehe, dass es in der Äußeren Neustadt derzeit ein Parkplatzdefizit von 1 900 Stellplätzen gäbe. Zukünftig prognostiziert sei ein Stellplatzdefizit von 2 400. Das Problem, dass mit dem vorliegenden Konzept zumindest teilweise gelöst werden solle, sei also schon da, und das sei der springende Punkt. Er persönlich hege für sich den Anspruch zu sagen, er wolle heute vorhandene Probleme angehen und lösen und nicht darauf vertrauen, dass sich vielleicht durch mehr Neustädter, die kein Auto haben, irgendwann etwas ändere. Daran glaube er aber nicht.

Weiter merkt er an, dass die Einführung einer flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung sei hierbei nur ein Baustein der Problemlösung im Bereich des ruhenden Verkehrs. 1 900 bzw. 2

400 Stellplätze fallen nun nicht einmal so vom Himmel. Das, was die Neustadt brauche, seien zusätzliche Stellplätze. Lebensqualität habe in seinen Augen eben nicht nur ausschließlich etwas mit Grünflächen oder Spielplätzen zu tun, Lebensqualität bedeutet auch, dass man nach einem anstrengenden Arbeitstag nicht ewig lange einen Parkplatz suchen müsse. Er wäre gern damals in eine sanierte Kamenzer Straße gefahren, links ins Parkhaus eingebogen und hätte seinen eigenen Stellplatz gehabt. Dieser Platz würde ihn zwar zwischen 30,00 bis 50,00 EUR kosten, aber wenn man die Kosten für abgerissenen Spiegel und Knöllchen zusammenrechnet, käme er dann auch irgendwann einmal auf das Geld.

Fest stehe weiterhin, dass das Parkhaus an der Kamenzer Straße sei und bliebe nun einmal eine Quartiersgarage, die zu allererst den Anwohnern der umliegenden Quartiere zu gute kommen soll. Nicht ein zuständiges Amt der Stadt habe einen einzigen Einwand gegen dieses Parkhaus und dessen Konstruktion vorgebracht.

Er verdeutlicht, dass mittlerweile die Zeit gekommen sei, bezugnehmend auf die anderen Standorte, die vorgeschlagen wurden, wo man Investoren nicht einfach dort hinsetzen können, wo die Stadt sie gerne hätte. Für das Parkhaus Kamenzer Straße sowie für die Tiefgarage Louisenstraße gäbe es jeweils Investoren. Für einen Standort „Hundertwasserhaus“ an der Bautzner Straße hingegen gäbe es keinen.

In seinen weiteren Ausführungen geht er auf das Agieren der Gegner dieses Konzeptes ein. Der Ortsbeirat Neustadt habe das vorliegende Konzept auf seiner Sitzung vom 01.03.2005 abgelehnt. Wenn man ehrlich sei, müsse man allerdings zugeben, dass es dem Ortsbeirat und auch vielen anderen Beteiligten einzig und allein um den Standort Kamenzer Straße, maximal noch um den Standort Tiefgarage Louisenstraße, gehe.

Das Votum des Ortsbeirates verwundere ihn allerdings etwas. An dieser Stelle erlaube er sich, den inzwischen in den Ruhestand getretenen Ortsamtsleiter Herrn Dr. Manfred Künzel zu zitieren: „Mit diesem Beschluss sollen die in einem langen Zeitraum (seit 1994) durch eine intensive und kooperative Zusammenarbeit zwischen den Ortsbeiräten dreier Tagungsperioden und der Stadtverwaltung erzielten Ergebnisse einfach negiert werden. Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass die zu dieser Problematik in der Vergangenheit gefassten Beschlüsse des Ortsbeirates jeweils mit deutlicher Mehrheit und fraktionsübergreifend gefasst wurden. Die Empfehlungen des Ortsbeirates vom 01.03.2005 zielen darauf ab, nur eine reine Bewirtschaftung der Stellplätze im öffentlichen Straßenraum einzuführen und den Bau von Parkieranlagen auf unabsehbare Zeit hinauszuschieben bzw. zu verhindern. Das steht im völligen Gegensatz zu den Ergebnissen des langen Arbeits- und Diskussionsprozesses im Zeitraum von 1994 bis 2000 zwischen Stadtverwaltung und Ortsbeirat“.

Herr Boltz habe in seinen Ausführungen dargelegt, dass der Ortsbeirat dieses Konzept mit großer Mehrheit abgelehnt habe. Was er nicht erwähnt habe, sei die Tatsache, dass es bereits 11 positive Beschlüsse zu diesem Parkkonzept insgesamt bzw. auch zum Parkhaus Kamenzer Straße gäbe und nur einen ablehnenden Beschluss mit Datum vom 01.03.2005.

Warum das so sei, erklärt eine Aussage eines Vertreters der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ortsbeirat Neustadt: „Hier sitzen jetzt einfach einmal neue Leute, neue Mehrheiten und deshalb wird das jetzt eben alles anderes gemacht“. Das sage alles aus.

Er vertrete die Auffassung, dass man so nicht miteinander umgehen könne und schon gar nicht mit der Arbeit zahlreicher Personen und Institutionen aus den vergangenen Jahren.

Weiter stellt er klar, dass es in seinen Augen sicherlich einige Gewerbetreibende, die sich durch den Gewerbe- und Kulturverein Äußere Neustadt nicht vertreten fühlen und vielleicht auch das vorliegende Konzept ablehnen. Wer und wie viele aus welchen Motiven heraus es denn wirklich seien, ist bis heute unklar. Bei einigen der Unterzeichner habe er sich persönlich erkundigt. Problematisch sei dabei in seinen Augen, dass ihnen suggeriert wurde, dass es sich bei dem Konzept um reine Abzocke der Kundschaft handle und dagegen müsse man doch etwas unternehmen. Deshalb seien einige Unterschriften etwas kritischer zu hinterfragen, zumal zum Teil nicht die Inhaber, sondern Mitarbeiter unterschrieben haben. So könne man seiner Auffassung nach nicht vorgehen.

Die Bürgerinitiative Kamenzer Straße habe nach eigenen Aussagen ca. 1 500 Fragebögen zum Thema verteilt. Davon seien wohl 131 Bögen zurückgekommen, von denen 90 % gegen das vorliegende Konzept votiert haben. Nach seinen Berechnungen sei das von allen Befragten eine Quote von 7,5 %. Aber reiche das aus, um daraus eine repräsentatives Ergebnis abzuleiten? Fakt sei, dass sich 112 Personen dagegen ausgesprochen haben. Sehr fragwürdig erschien ihm auch die Verteilung der Bögen. Als ehemaliger Anwohner der Görlitzer Straße habe er nie einen solchen Bogen gesehen. Schön wäre es gewesen, wenn eine solche Umfrage nach wirklich repräsentativen Gesichtspunkten ausgestaltet gewesen wäre. Bis heute kenne er den Inhalt des Fragebogens immer noch nicht.

Er verdeutlicht, dass die Finanzierung des Parkhauses heute nicht zur Debatte stünde. Dieser Beschluss sei bereits im Juli vergangenen Jahres gefällt worden. Weiterhin sei es auch nicht so, dass mit diesem Konzept sämtliche Mittel für die Neustadt verbraucht seien. Von Seiten der Stadtverwaltung wurde klar signalisiert, dass auch weiterhin Mittel für die Äußere Neustadt zur Verfügung stehen werden. Dazu bittet er Herrn Zweiten Bürgermeister Feßenmayr, noch ein paar Ausführungen zu machen.

Er verweist darauf, dass das Parkraumbewirtschaftungskonzept nur in Verbindung mit einem verkehrlichen Rahmenplan vom Regierungspräsidium genehmigt werde. Dennoch sei allen bewusst, dass dieser Rahmenplan nicht das Nonplusultra sei. Er sei an vielen Stellen kritik- und überarbeitungswürdig. Deshalb sei er der SPD-Fraktion für deren Änderungsantrag sowie der Ergänzung des Punktes 6. im federführenden Ausschussbericht sehr dankbar. Parallel dazu werde zur Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes dieser Rahmenplan mit allen Interessierten und auf Konsens Bedachten überarbeitet. Dabei werde man aber definitiv wieder nur zu einem Kompromiss kommen, denn alle auf einen Nenner zu bekommen, sei in der Neustadt ausgeschlossen.

Abschließend sollten alle gemeinsam der hier geleisteten Arbeit sowohl der interessierten Bürger und Vereine aber auch der Stadtverwaltung großen Dank zollen und einen positiven Beschluss fassen, um damit die Arbeit der vergangenen 11 Jahre zum Abschluss zu bringen und der Äußeren Neustadt noch mehr Attraktivität zu geben.

Er bittet um Zustimmung.

Herr Stadtrat Dr. Kempe stellt fest, dass man über den Charakter der Neustadt nicht viele Worte zu verlieren brauche. Dresden könne auf das, was in der Neustadt in den letzten 10 Jahren gewachsen sei, stolz sein. Einen entscheidenden Anteil daran habe auch der Stadtrat, der das Sanierungsgebiet gefördert habe, die STESAD, die diesen Prozess begleitet habe, und viele engagierte Bürger. Das alles habe dazu geführt, dass die Neustadt ein hoch akzeptierter Stadtteil sei, wo die Leute gern hinziehen, wo es wenig Leerstand gäbe.

Allerdings gäbe es ein Hauptproblem, nämlich das Parkproblem. Dies wurde dadurch zugespitzt, weil die Neustadt so viel Interesse gefunden habe.

Er sei der Auffassung, dass dieses Problem nicht allein damit gelöst werden könne, in dem Parkmöglichkeiten nach außen verlagert werden und keiner mehr mit seinem Auto in die Neustadt herein käme. Selbst dann wäre die Situation so, dass für die Anwohner trotzdem nicht genügend Platz vorhanden wäre. Dies stelle ein Defizit dar, was nicht nur von außen hereingetragen werde. Wenn das so wäre, könne man vielleicht auf eine Parkraumbewirtung setzen. Falsch sei es allerdings auch, wenn man den Gewerbetreibenden jegliches mit dem Gewerbe zusammenhängendes Fahrzeug in der Nähe seiner Tür verwehren würde.

Er glaube, dass nur ein Konzept zum Ziele führen werde, und das wäre Parkplätze schaffen und die Bewirtschaftung vorantreiben. Das müsse in Einheit und Parallelität geschehen.

Aus diesem Grunde spreche sich die PDS-Fraktion für die Verkoppelung dieser beiden Wege aus. Weiterhin sei man vom Grundsatz her auch dafür, Parkplätze an den Rändern, an Trassen, wo der ÖPNV sei, geschaffen werden. Nur ließe sich das in diesem dichtbebauten Gebiet nicht in jedem Fall so machen. Weiterhin sei die Stadt auch von Investoren abhängig. Vergessen dürfe man aber auch nicht, dass zusätzlich geschaffener Parkraum praktisch proportional Suchverkehr reduziere, denn es sei durchaus nicht so, dass man den Verkehr nur in die Neustadt zöge, umso mehr, wenn für den Parkplatz auf der Kamenzer Straße vertraglich festgeschrieben werden müsse, dass mindestens 75 % - 80 % der Parkraumfläche den Anwohnern der Umgebung vorbehalten sei und nicht den Kurzzeitparkern.

Auch wenn er dem Ortsbeirat dankbar sei, dass er dieses Thema noch einmal thematisiert habe, sei er aber nicht froh darüber, dass manchmal eine gewisse Stimmungsmacherei dahinter liege.

Er verdeutlicht, dass es auch in der PDS-Fraktion einige gäbe, die der Meinung sind, dass die Belastungen, die durch die Parkraumflächen innerhalb des Gebietes ausgingen, doch sehr hoch seien. Trotzdem werde die PDS-Fraktion, so wie sie das Konzept über viele Jahre begleitet habe, mehrheitlich zustimmen. Dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde man nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Kühn erläutert und begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er bittet, die Punkte a) bis e) gemeinsam und den Punkt f) separat abzustimmen.

Herr Stadtrat Lichdi habe Herrn Dora sehr aufmerksam zugehört und ihn so verstanden, dass er eine Rede für die Einführung eines Parkraumbewirtschaftungskonzeptes gehalten habe. Da sei man sich sicherlich einig, und dass sei auch nicht der Konfliktpunkt.

Wenn Herr Stadtrat Schreiber hier Geschichten erzählt habe, wie angeblich Unterschriften, die sich gegen dieses Parkhaus ausgesprochen haben, zu Stande gekommen seien, dann frage er ihn, wie er zu seiner Meinung gekommen sei, hier auftreten zu müssen, obwohl eigentlich hier kein Dissens bestünde. Offensichtlich sei er nicht richtig informiert.

Er habe von Herrn Stadtrat Schollbach in der Zeitung gelesen, dass man eine Baugenehmigung, die seit Jahren erteilt sei, nicht so einfach wieder zurücknehmen könne. Da stellt sich für ihn die Frage, wie er mit seinen Vertretern der PDS-Fraktion vor Ort umgehe. Seines Wissens haben sich die Mitglieder in einem Diskussionsprozess, an dem Herr Stadtrat

Schollbach nicht teilgenommen habe, dazu entschlossen, dieses Parkhaus Kamenzer Straße abzulehnen.

Weiterhin stellt er die Frage, warum das Parkhaus bis heute nicht gebaut wurde, obwohl die Baugenehmigung schon lange vorliege. Das Parkhaus Kamenzer Straße sei nach wirtschaftlichen Kriterien nicht rentabel, ansonsten hätte der Investor schon längst gebaut. Warum hat er es bisher nicht gemacht, weil er nämlich die Stellplatzablösegebühren und die Städtebaumittel brauche. Genau das sei der Grund, warum der Stadtrat überhaupt über dieses verkehrliche Rahmenkonzept sprechen müsse, und weil das Regierungspräsidium genau das als Voraussetzung für die Ausreichung verlangt habe.

Er stellt klar, dass das Parkhaus Kamenzer Straße ein Einzelkonstrukt sei, das herausgegriffen und im Nachhinein in ein „angebliches Konzept hineingestrickt“ wurde, in dem es aber nur darum ginge, die Interessen eines privaten Investors, eines privaten Anliegers, zu berücksichtigen. Danach habe man simuliert, als ob es um den Stadtteil ginge. Es werden öffentliche Gelder für private Interessen ausgegeben, ohne dass der Stadtteil davon irgendetwas hätte.

Er könne den Vorwurf nicht ersparen, dass die Neustadt zu einem autogerechten Stadtteil umgebaut werden soll. Die Planungen, die heute durchgeboxt werden sollen, stammen aus der Zeit der absoluten Mehrheit der CDU.

Auch wenn es die PDS-Fraktion nicht zur Kenntnis nehmen wolle, erinnert er daran, dass es Kommunalwahlen gegeben habe, die zu einer neuen Zusammensetzung des Ortsbeirates in der Neustadt geführt haben. Er halte es für absolut legitim, dass der Ortsbeirat mit seinen neuen Mehrheiten zu einer anderen Meinung gekommen sei bzw. dass diese Meinung, die in der Neustadt schon immer vorhanden war, sich bei den Wahlen schlicht und ergreifend durchgesetzt habe. Er finde es sehr schön und nur demokratisch, wenn die PDS-Fraktion das zur Kenntnis nehmen würde, zumal die eigenen Vertreter im Ortsbeirat das offensichtlich anders sehen.

Zu den Ausführungen von Herrn Stadtrat Schreiber, die Unterschriftenaktion betreffend, weist er auf ihm vorliegende Listen hin, die von Herrn Schulz, der leider verhindert sei, gesammelt wurden. 120 Gewerbetreibende haben unterschrieben. Wollte Herr Stadtrat Schreiber allen Ernstes behaupten, dass diese Unterschriften unter Androhung, unter Täuschungen erschlichen worden wären? Er halte das für einen ungeheuerlichen Vorwurf und fordert Herrn Stadtrat Schreiber auf, diesen zurückzunehmen.

Er führt weiter aus, dass man endlich zur Kenntnis nehmen müsse, dass die Neustadt möglicherweise anders sei und nicht die vorgeschriebenen Konzepte vertrete. Man sollte so fair sein und die Leute, die tatsächlich die Mehrheit der Anwohnerinnen und Anwohnern vertreten, und nach seiner Überzeugung auch die Mehrheit der Neustädterinnen und Neustädter, nicht weiter in ein dermaßen schlechtes Licht rücken. Das sei ganz schlechter politischer Stil.

Er bittet, den Willen der Neustadt, der eindeutig dokumentiert und dargelegt wurde, zu respektieren und nicht in den alten eingefahrenen Trott der CDU-Fraktion und PDS-Fraktion zu verfallen und so zu tun, als sei nichts geschehen. An dieser Stelle könnten die Genannten tatsächlich zeigen, dass sie ein Ohr für die Bürgerinnen und Bürger haben.

Herr Stadtrat Schreiber bittet, eine persönliche Richtigstellung bzw. Erklärung abgeben zu dürfen.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass er dies vor der Abstimmung tun könne. Auf der Rednerliste stehen noch Herr Stadtrat Kießling, Herr Stadtrat Dr. Ewers, Frau Stadträtin Köhler, Herr Stadtrat Berauer, Herr Stadtrat Schreiber, Frau Stadträtin Ostrowski, Herr Stadtrat Schollbach, Herr Stadtrat Dr. Kempe.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Hille beantragt Abschluss der Debatte.

Gegenrede

Herr Stadtrat Matthis spricht gegen den Antrag und verweist auf das Redezeitmodell. Wenn die Fraktionen ihre Redezeiten für die entsprechenden Punkte aufheben können, dann können sie auch dazu sprechen. Er finde es nicht korrekt, wenn Abschluss der Debatte beantragt werde. Dies würde das Redezeitmodell dann völlig ad absurdum führen.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Debatte mit 30 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen ab.

Herr Stadtrat Kießling stellt fest, dass die Ausführungen von Herrn Stadtrat Schreiber zur Art und Weise des Widerstandes derer, die in der Neustadt gezeigt haben, dass sie gegen dieses Parkhauses seien, ihm nicht gefallen. Alle seien lange genug im politischen Geschäft, um zu wissen, dass die Art und Weise, wie man zu Unterschriften und öffentlichen Meinungen komme, immer von jeweils Andersmeinenden etwas zu hinterfragen seien. Das merke man in jedem Wahlkampf.

Er sei kein Experte für Parkhäuser, vermute aber, dass sowohl auf der Befürworterseite als auch auf der Seite der Ablehnenden genügend Leute stehen, die eine Sicht auf die Dinge haben, Fachleute seien und die mit ihren Argumenten überzeugendes sagen. Dennoch werde er gegen das Konzept stimmen und dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens, für ihn sei die Art und Weise, die Stärke des Widerstandes ein Indikator dafür, was die Leute denken. Es gäbe sehr viele strittige Punkte hier und oft vielleicht auch das Gefühl, dass dies nicht ganz richtig und problematisch sei. Aber an der Stelle, wo er persönlich einen stärkeren Widerstand als eine Befürwortung wahrnehmen könne, neige sich dann doch seine Entscheidung dann doch dem zu, was er wahrnehme. Das sei sein Indikator.

Zweitens, wenn bei einer Wahl im Ortsamtsgebiet deutlich werde, dass sich die Grundhaltung der Bevölkerung so stark geändert habe, dass eine Partei, deren Grundausrichtung eben doch etwas kritischer zum Verkehr sei, so viele Stimmen mehr bekommen habe als vorher, nehme er an, dass sie in den vielen Jahren vorher erbrachten Ergebnissen von Bürgerbeteiligung vielleicht schon durch dieses Wahlergebnis etwas zu hinterfragen seien. Für ihn sei die Abstimmung im Ortsbeirat kein Ergebnis neuer Personen, die jetzt anders denken, sondern es sei für ihn das Ergebnis eines Umdenkens oder einer neuen Bewertung der Anwohnerinnen und Anwohnern. Das wiege für ihn schwerer als die vielen Jahre vorher.

Herr Stadtrat Dr. Ewers verweist darauf, dass er persönlich das Parkhaus Kamenzer Straße nicht brauche. Dennoch werde er der Vorlage zustimmen, denn er denke nicht nur an sein Fahrrad, sondern auch an die Parkplatzsituation insgesamt. Er habe seit Jahren den Eindruck, dass in der Neustadt ständiger Parkplatzmangel bestehe. Wenn er gegen die Vorlage stimme, würde er gleichzeitig sowohl der Stadtverwaltung, dem Stadtrat als auch dem Ortsbeirat das Misstrauen aussprechen. Es seien doch nicht „alles Idioten“ gewesen, die in der Vergangenheit immer dafür gestimmt haben.

Er erinnert daran, dass der Ortsbeirat sich zehnmal damit beschäftigt habe, neunmal sei er prinzipiell für die Planung gewesen, das letzte Mal sei er nicht dafür gewesen. Damit könne er leben.

Deshalb werde er und die SPD-Fraktion mehrheitlich der Vorlage zustimmen.

Frau Stadträtin Köhler widerlegt die Ausführungen von Herrn Stadtrat Schreiber, dass es keinerlei Einwendungen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept gegeben habe. In der Vorlage gäbe es aber einen Einwand der Behindertenbeauftragten, die angemerkt habe, Zitat: „Unter Punkt 5.2 wird von einem Bestand von acht Stellplätzen für berechnete Menschen mit Behinderungen ausgegangen. Diese Situation führte bisher zu einer spürbaren Ausgrenzung für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen und kann daher in dem Parkraumbewirtschaftungskonzept nicht wie dort vorgeschlagen vernachlässigt oder auf später verschoben werden.“

Aus diesem Grund stellt sie folgenden Ergänzungsantrag zum Beschlusspunkt 6:

„In das Parkraumbewirtschaftungskonzept werden gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten unmittelbar Lösungen für weitere Stellplätze für berechnete Menschen mit Behinderungen in das Konzept eingearbeitet.“

Herr Stadtrat Berauer verweist darauf, dass das Problem der Parkplätze in der Neustadt unbedingt einer Lösung zugeführt werden müsse. Deshalb spreche er sich auch für die Vorlage aus.

Herr Stadtrat Schreiber merkt an, dass die Bemerkungen von Frau Stadträtin Köhler vollkommen richtig seien und man gemeinsam mit dem zukünftigen Investor des Parkhauses nach Lösungen suchen müsse dahin gehend, dass die benannten Bevölkerungsgruppen ihre Rechte wahrnehmen können. Vielleicht ließen sich im Parkhaus auch noch ein paar Frauenparkplätze anordnen.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verdeutlicht er, dass die CDU-Fraktion dem Punkt e) und damit auch dem Punkt f) nicht zustimmen werde.

Zu den Anmerkungen von Herrn Lichdi stellt er klar, dass dessen Behauptungen schon fast als Beleidigung aufzufassen seien. Er habe mit keiner Silbe irgendjemanden etwas unterstellt. Fakt sei aber, dass nicht Steffan Schulz und Andreas Preus allein durch die Neustadt gezogen und Unterschriften gesammelt haben, sondern dass sie auch Helfer gehabt haben. Er selbst habe 40 Unterschriften zugestellt bekommen. Daraufhin habe er in verschiedenen Lokalitäten persönlich zum diesem Thema eine Auskunft eingeholt. Das Ergebnis sei gewesen, dass in vier von fünf Lokalen gesagt wurde, da sei jemand gekommen, habe gesagt, dass die Stadt hier abzocken wolle und man für das Parken überall Geld zahlen solle. Das sei nicht gut für die betroffene Kundschaft und deshalb habe man einfach unterschrieben.

Das sei keine Unterstellung oder sonst irgendetwas, das ist einfach ein Fakt. Er sei gern bereit, die Namen der Kneipen zu benennen. Dass Herr Stadtrat Lichdi in einer unsäglichen Art und Weise Herrn Dora angegangen sei, wo er doch immer so für Bürgerbeteiligung und Rederecht sei, sei einfach eine Unverschämtheit. Dass der Name von Herrn Dora auf der Unterschriftenliste stehe, bestätige seine Anmerkungen zu den Unterschriften, denn es wäre ein Widerspruch, wenn ein Redner sich für das Konzept ausspreche und dann selbst mit seiner Kneipe auf den Unterschriften dagegen spreche.

Die von Herrn Stadtrat Lichdi dargestellten Anwürfe weise er entschieden zurück. Die Äußerung, dass das Parkhaus aus einem Konstrukt eines Konzeptes entstanden sein soll, sei völliger Unsinn. Das zeige, dass er sich nie wirklich damit beschäftigt habe.

Die Entscheidungen des Ortsbeirates aus den vergangenen Jahren können seiner Auffassung nach nicht so einfach mit dem Argument weggewischt werden, dass nunmehr andere Mehrheiten vorhanden sind und eine andere Politik gemacht werde. So etwas funktioniere nicht.

Nach Aussagen von Herrn Stadtrat Lichdi lege dieser sehr viel Wert auf Bürgerbeteiligung. Hierzu stellt er fest, dass er in der Neustadt nur einen von drei Grünen aktiv gesehen habe, und das sei Herr Stadtrat Hoffsommer. Er habe bislang nicht eine Bürgersprechstunde und keine Teilnahme an Ortsbeiratssitzungen von Herrn Stadtrat Lichdi feststellen können. Auch bei keinen anderen Beratungen zu dieser Thematik habe er ihn gesehen. Deshalb solle er sich nicht hier hinstellen und etwas von Bürgervertretung erzählen.

Er bittet Herrn Zweiten Bürgermeister, auf seine gestellte Fragen betreffs der Finanzen zu antworten.

Frau Stadträtin Ostrowski deckt einen Trugschluss auf, der insbesondere von den Herren Stadträten Lichdi und Kießling sehr offensichtlich wurde und dem Politiker gerne und immer wieder aufs Neue unterliegen.

Es gehe um die Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat oder in den Ortsbeiräten nach den Wahlen. Man schließe daraus, weil nunmehr andere Mehrheitsverhältnisse seien und Parteien, z. B. in der Neustadt die Grünen dort gewonnen haben, dass demzufolge alle Einwohnerinnen und Einwohner mehrheitlich den Auffassungen der Grünen in jedem Punkt folgen müssten. Dieser Trugschluss sei falsch. Offensichtlich sei er unausrottbar, obwohl ständig gegenteilige Erfahrungen gemacht werden.

Sie verweist darauf, dass im Jahr 2002 die SPD und die Grünen mit Mehrheiten in den Bundestag gewählt wurden. Man habe die Partei, eine große Richtung oder das Bild von diesen beiden Parteien gewählt. Im Ergebnis erlebe man aber, dass zu ganz konkreten Vorhaben dieser Rot-Grünen-Regierung das Volk die Gefolgschaft versage.

Weiterhin erinnert sie daran, dass der Stadtrat ein ähnliches Beispiel bei der Waldschlößchenbrücke erlebt habe. Wenn es so einfach wäre, wie von den Herren Stadträten Lichdi und Kießling erwähnt, dann wäre der Bürgerentscheid anders ausgefallen.

Zum konkreten Vorhaben Parkhaus Kamenzer Straße stellt sie fest; wer für sich in Anspruch nehme, im Namen sämtlicher Neustädter zu reden, mache einen grundlegenden Fehler, denn das könne überhaupt niemand.

Merkwürdig sei, dass selbst die eigenen Mitglieder im Ortsbeirat gegen die Mehrheitsmeinung ihrer Fraktionen gehandelt haben. Selbst im Kleinen sei so etwas zu sehen.

Zur Bürgerumfrage merkt sie an, dass diese leider nicht repräsentativ sei. Die Stadtverwaltung hätte vielleicht eine wirklich repräsentative Bürgerbefragung machen können, z. B. zu diesem strittigen Punkt Parkhaus und nicht nur zur Parksituation allgemein. Dann hätte man es genau gewusst, so wisse man es eben nicht. Aber irgendwann müsse hier eine Entscheidung getroffen werden.

Abschließend stellt sie klar, dass es nichts bringen werde, wenn die Entscheidung nicht getroffen werde und wenn der Diskussionsprozess noch einmal eröffnet werde. Denn keiner diejenigen, die für sich genommen aus ernsthaften Gründen gegen oder für dieses Parkhaus seien, die werden von ihrem Standpunkt abrücken.

Sie persönlich werde für diese Vorlage stimmen.

Geschäftsordnungsantrag

Herr Stadtrat Rentsch beantragt Abschluss der Rednerliste.

Auf der Rednerliste stehen noch die Herren Stadträte Schollbach und Dr. Kempe.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Abschluss der Rednerliste zu.

Herr Stadtrat Schollbach stellt fest, dass die Diskussion um das Parkraumbewirtschaftungskonzept vor allem in den vergangenen Wochen in der Öffentlichkeit vor allem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr unredlich geführt wurde. Man habe der Öffentlichkeit suggeriert, dass es bei dieser Entscheidung darum gehe, ob das Parkhaus Kamenzer Straße kommen werde oder nicht. Diese Entscheidung sei heute so in keiner Weise zu treffen. Der Bau des Parkhauses Kamenzer Straße sei bereits durch den Stadtrat am 01.07.2004 mit 48 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen worden. Er zitiert diesen Beschluss.

Er führt weiter aus, dass für den Bau des Parkhauses Kamenzer Straße mittlerweile eine Baugenehmigung per Verwaltungsakt ausgereicht sei. Weiterhin sei dem Investor eine Zusicherung erteilt worden, dass er für das Investitionsvorhaben die Zuschüsse erhalten werde.

Wenn der Stadtrat nunmehr in einer neuerlichen Entscheidung zu dem Entschluss käme, dass das Parkhaus Kamenzer Straße nicht errichtet werden solle, dann würde sich die Landeshauptstadt Dresden schadensersatzpflichtig machen. Er sei der Auffassung, dass es auch zur Redlichkeit und zur Ehrlichkeit dazu gehöre, diese Fakten öffentlich zu benennen.

Er verdeutlicht noch einmal, dass es bei diesem heutigen Beschluss nicht um den Bau des Parkhauses, sondern um das Parkraumbewirtschaftungskonzept ginge.

Zu den Anmerkungen von Herrn Stadtrat Lichdi, die Mehrheiten betreffend, stellt er richtig, dass es in Dresden nie eine absolute Mehrheit der CDU gegeben habe, und das sei auch gut so. In der vergangenen Wahlperiode habe es in diesem Stadtrat eine Mehrheit gegeben, die aus CDU und FDP/DSU/FB bestand.

An Herrn Stadtrat Lichdi gerichtet, verdeutlicht er, dass die Grünen in diesem Stadtrat über neun von 70 Stadträtinnen und Stadträte verfügen und damit keine Mehrheit besitzen.

Die angesprochenen Proteste aus der Bürgerschaft seien seiner Meinung nach gut, denn sie zeigen, dass lebende Diskussionen herrschen und die Bürgerinnen und Bürger auch Gedanken machen, was in ihrem Stadtteil passiere und was eventuell für Folgen entstehen können. Falsch sei aber zu behaupten, dass diese Proteste für die Mehrheit stehen würden. Ein markantes Beispiel für diese These sei für ihn der Ausgang des Bürgerentscheid zur Waldschlößchenbrücke.

Er werde der Vorlage zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Kempe verdeutlicht, dass in manchen Diskussionsbeiträgen herauszuhören war, dass einem Investor Geld zugeschoben werden solle, was aus seiner Sicht falsch sei. Das Geld werde dafür ausgegeben, um Parkraumprobleme in der Neustadt zu lösen und die Anwohner zu moderaten Preisen parken können.

Er sei der Auffassung, dass man sich selbst mit solchen bewussten Äußerungen keinen guten Dienst erweise, wenn man so argumentiere. Herr Stadtrat Lichdi habe das mit seinen heutigen Auftreten bewiesen.

Er unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit der Errichtung von Parkraum in der Neustadt. Bezogen auf andere Stadtteile sei die Neustadt ein Stadtteil, der die höchste Fluktuation und einen Wechsel von Mietern habe. Deshalb sei es auch wichtig, dass eine gewisse Sesshaftigkeit in diesem Gebiet unterstützt und gefördert werden. Dafür seien natürlich solche stabilen infrastrukturellen Bedingungen ein Punkt dafür.

Abschließend bittet er alle, die betroffen seien oder die sich gegen dieses Konzept wehren und bestimmte Befürchtungen heben, sich in den weiteren Prozess der Gestaltung und Beruhigung um das Parkhaus herum weiter einzubringen, auch wenn möglicherweise die Entscheidung mit Hilfe der PDS-Fraktion heute auch anderes falle.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag von Frau Stadträtin Köhler mehrheitlich zu:

„Gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten werden unmittelbar Lösungen für weitere Stellplätze für berechnigte Menschen mit Behinderungen in das Konzept eingearbeitet.“

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass ihm ein Antrag mit 14 Unterschriften auf namentliche Abstimmung vorliege. Damit sei aber das erforderliche Quorum nicht erreicht. Er stellt den Antrag deshalb noch einmal zur Abstimmung.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf namentliche Abstimmung mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt in namentlicher Abstimmung dem geänderten Bericht des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 46 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat bestätigt das Parkraumbewirtschaftungskonzept einschließlich des Standortkonzeptes für Parkhäuser und Tiefgaragen (Anlage I der Vorlage) und den verkehrlichen Rahmenplan für die Äußere Neustadt Dresden (Anlage II der Vorlage) als Arbeitsgrundlage für die Umsetzung der verkehrlichen und städtebaulichen Maßnahmen im Gebiet. Die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung ist stufenweise umzusetzen.
2. Für die Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes werden aus Stellplatzablösegebühren 405 TEUR eingesetzt.
3. Die weiteren finanziellen Mittel sind entsprechend dem Finanzierungsplan zur Erfüllung dieses Beschlusses in den Haushalt einzuordnen.
4. Die Parkgebührenordnung ist zu ändern. Die Regelungen für den Bereich der Äußeren Neustadt sind entsprechend Anlage III der Vorlage zu ergänzen.
5. Die Gebühr für das Bewohnerparken beträgt ab 01.01.2006 stadteinheitlich:
 - für ein Jahr 30 Euro;
 - für zwei Jahre 50 Euro.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt,
 - ein Konzept zur Reduzierung der Durchgangsverkehre in der Äußeren Neustadt zu erstellen,
 - zu untersuchen, inwieweit ein größerer Anteil an Einbahnstraßen in der Äußeren Neustadt realisiert werden kann,
 - inwieweit für Radfahrer ein größerer Anteil an eigenen Fahrstreifen ausgewiesen werden kann,
 - inwieweit verkehrsberuhigende Maßnahmen in einem größeren Umfang als bisher realisiert werden können (z. B. stärkere Berücksichtigung von Schulwegen, Nutzung des vorderen Teiles der Alaunstraße nur für Fußgänger und Fahrradfahrer außer Anlieferverkehr),
 - gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten unmittelbar Lösungen für weitere Stellplätze für berechnigte Menschen mit Behinderung in das Konzept einzuarbeiten
 - und den überarbeiteten verkehrlichen Rahmenplan bis zum 30.10.2005 erneut den diesbezüglichen Ausschüssen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

angenommen

46 JA

15 NEIN

5 Enthaltungen